

4304/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Behinderung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen in anderen EU - Ländern
Elektroheizungen sind insbesondere aus ökologischen aber auch aus ökonomischen Gründen
abzulehnen. Der Strom zum Betrieb der Elektroheizungen stammt in den Wintermonaten in
vielen Ländern überwiegend aus kalorischen Kraftwerken mit meist niedrigem
Wirkungsgrad. Die CO₂ - Emissionen pro Kilowattstunde Nutzenergie sind von allen neu
installierten Heizsystemen die höchsten.

Umso unverständlicher ist, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten im
Rahmen der EU - Notifizierung 97/0844/D zum “Gesetzesentwurf bezüglich Verbot der
Elektroheizungen der Hansestadt Hamburg” ein ebensolches Verbot abgelehnt hat.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Gesetze, etc. ausländischer Gebietskörperschaften sind von Ihrem Ressort
bislang im Rahmen von Notifikationsverfahren beeinträchtigt worden?
2. Mit welchen Begründungen sind diese Gesetze, etc. jeweils beeinträchtigt worden?
3. Bei welchen Gesetzen, etc., hat die Kommission den Einsprüchen Ihres Ressorts
Rechnung getragen?
4. Welche von Ihrem Ressort beeinträchtigten Gesetze, etc. waren klimaschutzrelevant?
5. Stimmt es, daß von Ihrem Ressort der “Gesetzesentwurf bezüglich Verbot der
Elektroheizungen der Hansestadt Hamburg” (Notifizierung 97/0844/D) beeinträchtigt
wurde? Wenn ja, mit welcher Begründung?
6. Welche Bundesdienststellen bzw. Interessensvertretungen wurden im Zuge der Erar -
beitung der Stellungnahme zum Notifikationsverfahren konsultiert?

7. Welche Stellungnahmen wurden Ihnen von den Bundesdienststellen bzw. Interessensvertretungen zum Notifikationsverfahren übermittelt? Bitte legen Sie die Stellungnahmen in Kopie bei.
8. Stimmt es, daß die Stellungnahme des BMwA praktisch wortident mit jener der Oberösterreichischen Kraftwerke AG ist? Wenn ja, wie erklären Sie diesen Sachverhalt?
9. Wurden in Ihrem Haus eigene Recherchen angestellt oder haben Sie sich darauf beschränkt, die Stellungnahme der OKA abzuschreiben?
10. Falls eigene Recherchen angestellt wurden: Auf welche Studien bzw. Expertisen wurde dabei zurückgegriffen?
11. Welche Stellungnahmen, Studien und Expertisen wurden im Zusammenhang mit der Klimarelevanz von Elektroheizungen berücksichtigt?
12. Welchen Schaden würde das "Gesetz bezüglich Verbot der Elektroheizungen der Hansestadt Hamburg" für die OKA verursachen?
13. Welche formalen Möglichkeiten bestehen, die an die EU - Kommission weitergeleitete Stellungnahme des BMwA nachträglich zu ändern?